

3794/AB XXI.GP

Eingelangt am: 01.07.2002

BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

auf die schriftliche parlamentarische Anfrage vom 2. Mai 2002, Nr. 3826/J der Abgeordneten Dr. Kurt Grünewald und Kollegen, betreffend europagerechte Finanzierung der wissenschaftlichen Forschung, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Einleitend möchte ich darauf hinweisen, dass das Thema Forschung und Entwicklung für diese Bundesregierung höchste Priorität hat und daher zu jenen Bereichen gehört, bei denen keine Einsparungsmaßnahmen gesetzt, sondern sogar zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Auch auf steuerlichem Sektor hat die Bundesregierung im Gegensatz zu den Vorgängerregierungen Anreize gesetzt, die zu einer vermehrten Mittelaufbringung für die Forschungsförderung fuhren sollten.

Besonders aussagekräftig ist in diesem Zusammenhang die jüngste Globalschätzung der Statistik Austria vom April 2002, in der das Offensivprogramm über die Jahre verteilt dargestellt wird. So ist seit 1998 ein kontinuierlicher Anstieg der Bundesausgaben zu verzeichnen und es zeigt sich, daß für F&E noch nie so viel ausgegeben wurde wie unter dieser

Bundesregierung. Von 2000 auf 2002 weist der Bund eine Ausgabensteigerung von +10,7% auf und von 2001 auf 2002 von +7,3%.

- Zieht man zum Vergleich die Steigerungsraten der der Ausgaben für F&E der Länder, des Unternehmenssektors etc., heran, so betragen diese Steigerungen nur rund 2,5 bis 3,5%. Genaue Details können der beiliegenden Statistik der "Statistik Austria" entnommen werden.

Nun zu den konkreten Fragen:

Zu 1.:

Die Feststellung, dass im Jahr 2003 keinerlei zusätzliche Mittel für die Forschung vorhanden sind, entspricht nicht den Tatsachen. Die Bundesregierung hat im Rahmen ihres F&E-Offensivprogramms 508 Mio. € oder 7 Mrd. ATS für die Periode 2001 bis einschließlich 2003 zusätzlich zur Verfügung gestellt. Um ein rasches Anlaufen des Offensivprogramms zu ermöglichen, wurden die Zusagen über Gewährung von Mitteln auf die Jahre 2001 und 2002 konzentriert. Die tatsächliche Auszahlung der Mittel erfolgt entsprechend dem Umsetzungstempo schwerpunktmäßig in den Jahren 2002 und 2003. Da sich die Auszahlungen auch noch über das Jahr 2003 hinaus erstrecken werden, wurden die Mittel darüber hinaus voll rücklagefähig gemacht.

Zu 2.:

Von einer katastrophalen Situation für die österreichische Forschung kann keine Rede sein. Das Thema F&E hat vielmehr für die Bundesregierung hohe Priorität und ist daher einer jener Bereiche, in denen nicht nur auf Einsparungsmaßnahmen verzichtet wird, sondern sogar zusätzliches Geld bereitgestellt wird.

Anmerken möchte ich, dass das Bundesministerium für Finanzen die Ansicht des Rates für FTE, der am 20. November 2001 empfohlen hat, ab dem

Jahr 2003 die gesamte Bundesdotierung für FFF und FWF aus dem Normal-budget sicherzustellen, teilt.

Zu 3.:

Bei der Forschungsquote handelt es sich nicht um eine "budgetäre Forschungsquote", sondern um die gesamtösterreichische Forschungsquote. Sie setzt die gesamten Forschungsausgaben, die in Österreich - von wem auch immer - getätigt werden, in bezug zum österreichischen BIP. Nach den von der Statistik Austria erhobenen Daten betrug die Forschungsquote im Jahr 2001 1,91 % des österreichischen BIP. Für 2002 prognostiziert die Statistik Austria eine Forschungsquote von 1,95%. Die prognostizierten Gesamtausgaben iHv 4,2 Mrd. € werden voraussichtlich zu 42,1 % von der öffentlichen Hand, zu 39,0% von der österreichischen Wirtschaft, zu 18,6 % vom Ausland und zu 0,3 % vom privaten gemeinnützigen Sektor finanziert. Im internationalen Vergleich ist in Österreich der Anteil des öffentlichen Sektors an der Finanzierung der Forschungsquote relativ hoch und die Bundesregierung ist daher bestrebt, vornehmlich solche Maßnahmen zu setzen, von denen eine Hebelwirkung zur Steigerung der Forschungsausgaben der Wirtschaft zu erwarten ist.

Um entsprechende Anreize zu setzen, hat die Bundesregierung, neben der Bereitstellung zusätzlicher Mittel aus dem Budget, daher auch den Forschungsfreibetrag erhöht.

Zu 4.:

Ich möchte darauf hinweisen, dass im Jahr 1999 (das ist das letzte Jahr für das internationale Vergleichsdaten vorliegen) die österreichische Forschungsquote genau dem Durchschnitt der EU-Länder entsprochen hat. Dennoch ist es das erklärte Ziel der Bundesregierung, die österreichische Forschungsquote zu steigern.

Die Strategie der Bundesregierung zur Erreichung dieses Ziels stützt sich auf 3 Säulen.

Erstens werden im Rahmen des derzeit laufenden Offensivprogramms und in dem bereits angekündigten Folgeprogramm zusätzliche Budgetmittel eingesetzt.

Zweitens setzt die Bundesregierung steuerliche Anreize in Form einer Erhöhung des Forschungsfreibetrags und drittens soll die Effizienz des Mitteleinsatzes durch wichtige Strukturreformen, wie z.B. die Universitätsreform und die Reform des Wirtschaftsfördersystems, gesteigert werden.

Zu 5. und 6.:

Es gibt sehr wohl budgetäre Kontinuität. Die Zusatzfinanzierung für F&E ist durch das Nachfolgeprogramm für 6 Jahre gesichert. Die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Forschung ist allerdings nicht nur eine Frage der eingesetzten Mittel, sondern auch eine Effizienz der Struktur. Mit der Universitätsreform schafft daher die Bundesregierung die Voraussetzung für eine gesteigerte Konkurrenzfähigkeit dieses Sektors.

Zu 7.:

Die verstärkte Drittmitteleinwerbung zur Finanzierung der universitären Forschung ist mir ein besonderes Anliegen. Insbesondere müssen von allen Beteiligten Anstrengungen unternommen werden, um die Rückflüsse von EU-Mitteln nach Österreich weiter zu erhöhen. Österreich soll im Bereich der Forschung von einem Nettozahler zu einem Nettoempfänger werden. Die Universitätsreform wird die Voraussetzungen dafür schaffen. Im Bereich der nationalen Forschungsförderung ist eine Evaluierung aller Einrichtungen geplant, von der ich mir Empfehlungen für eine noch größere Wirkungsorientierung im Sinne einer Steigerung der EU-Rückflüsse erwarte.

Zu 8.:

Diesen Vorwurf kann ich nicht nachvollziehen. Ich weise im übrigen darauf hin, dass es immer wieder auch den gegenteiligen Vorwurf gibt, nämlich, dass die Forschungspolitik zu grundlagenlastig sei. Der Vorwurf sollte, damit eine sachliche Auseinandersetzung möglich ist, begründet und mit Datenmaterial unterlegt sein.

Anlage

Anfrage Nr. 20 040502/132-Pr. 4/02

Volkswirtschaft

Forschung und experimentelle Entwicklung

Wissenschaft und Technologie
Forschung und experimentelle Entwicklung
- Globalschätzung

Text

Tabellen:

- Bruttoinlandsausgaben für F&E
- Forschungsquoten

Graphik

E-Commerce
Text

Tabellen:

- Unternehmen mit Computer-Einsatz
 - E-Commerce Verkäufe
- Ansprechpartner

Finanzierungssektoren	1993	1998	1999	2000	2001	2002	+/-% Von Jahr
	in Millionen EURO						
Bruttoinlandsausgaben für F&E	2.303,31	3.399,83	3.655,96	3.805,69	4.030,89	4.217,27	+ 4,6
Davon finanziert durch:							
(Bund ¹⁾	957,12	1.097,51	1.200,82	1.225,42	1.350,92	1.456,64	+ 7,3
(Bundesländer ²⁾	129,67	142,41	205,25	244,13	260,04	267,80	+ 3,0
(Unternehmenssektor ³⁾	1.128,40	1.410,43	1.472,33	1.529,75	1.587,88	1.645,05	+ 3,6
(Ausland ⁴⁾	59,69	884,63	716,53	745,16	762,91	782,87	+ 2,6
(Sonstige ⁵⁾	28,42	56,86	59,03	61,23	63,14	64,91	+ 2,6
BIP nominell⁶⁾ (in Mrd. €)	156,94	189,94	196,66	204,84	210,70	215,74	+ 2,4
E-Commerce							
Bruttoinlandsausgaben für F&E	31.694,2	46.782,7	50.307,2	52.370,6	55.469,6	58.034,2	+ 4,6
Davon finanziert durch:							
(Bund ¹⁾	13.170,2	15.102,1	16.523,7	16.865,2	18.674,6	20.046,9	+ 7,3
(Bundesländer ²⁾	1.784,3	1.959,5	2.824,3	3.359,2	3.578,2	3.664,9	+ 3,0
(Unternehmenssektor ³⁾	15.527,1	19.518,0	20.259,7	21.049,8	21.849,8	22.636,3	+ 3,6
(Ausland ⁴⁾	821,4	9.420,7	9.887,2	10.253,7	10.498,0	10.772,7	+ 2,6
(Sonstige ⁵⁾	391,2	782,4	812,3	842,6	869,0	893,3	+ 2,8
BIP nominell⁶⁾ (in Mrd. €)	2.159,5	2.613,6	2.706,1	2.810,7	2.899,3	2.968,7	+ 2,4
Bruttoinlandsausgaben für F&E in % des BIP	1,47	1,79	1,86	1,86	1,91	1,95	

Stand: April 2002

- 1) 1993 und 1998: Erhebungsergebnisse (Bund einschließlich Mittel der zwei Forschungsförderungsfonds sowie ab 1989 auch einschließlich des ITF). 1999 - 2002: Beilage T/Teil b (Bundesbudget-Forschung). 1999 und 2000: Einschließlich jener Rücklagenreste aus den Technologiemilliarden 1997 und 1998, die in den Jahren 1999 und 2000 für Forschungszwecke in Anspruch genommen wurden. 2001 und 2002: Im Bundesbudget-Forschung sind für 2001 unter dem VA-Ansatz 1/5182 12 fD das F&E-Offensivprogramm 508,7 Mio. EURO (7 Mrd. ATS) veranschlagt. Aufgrund der bisher vorliegenden Informationen wurden von diesen 508,7 Mio. EURO (7 Mrd. ATS) im Jahre 2001 ca. 130,2 Mio. EURO (1,791 Mrd. ATS) ausgegeben. Für 2002 wird von der Annahme ausgegangen, dass ca. 218 Mio. EURO (3,0 Mrd. ATS) ausgegeben werden, die Inanspruchnahme der restlichen Mittel (ca. 160 Mio. EURO bzw. 2,2 Mrd. ATS) ist für F&E-Ausgaben des Jahres 2003 vorgesehen. In die F&E-Ausgaben-Schätzung von STATISTIK AUSTRIA sind daher - abweichend von der Beilage T/Teil b - nur jene Mittel, welche im Jahre 2001 ausgegeben wurden bzw. 2002 der Forschung zufüllen sollen, eingegangen.
- 2) 1993 und 1998: Erhebungsergebnisse (einschließlich Schätzung der F&E-Ausgaben der Landeskrankenanstalten durch STATISTIK AUSTRIA: 1993: 65,8 Mio. EURO bzw. 903,1 Mio. ATS, 1998: 74,5 Mio. EURO bzw. 1.025,4 Mio. ATS).
- 1999 - 2002: Schätzung durch STATISTIK AUSTRIA unter Heranziehung der F&E-Ausgaben-Schätzungen der Ämter der Landesregierungen.
- 3) Umfasst Finanzierung durch die Wirtschaft (einschl. Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank). 1993 und 1998: Erhebungsergebnisse. 1999 - 2002: Schätzung durch STATISTIK AUSTRIA auf der Basis der Ergebnisse der F&E-Erhebung von STATISTIK AUSTRIA im firmenelgenen Bereich.
- 4) 1993 und 1998: Erhebungsergebnisse. 1999 - 2002: Schätzung durch STATISTIK AUSTRIA unter Berücksichtigung der Ergebnisse der F&E-Erhebung 1998 von STATISTIK AUSTRIA. 1999 - 2000 unter Einschluss der Rückflüsse aus dem 4. EU-Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration sowie ab 1999 bis 2002 unter Einschluss der Rückflüsse aus dem 5. EU-Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (Stand: April 2002).
- 5) Umfasst Finanzierung durch Gemeinden (ohne Wien), durch Kammern, durch Sozialversicherungsträger sowie allfällige sonstige öffentliche Finanzierung (schließt auch 1998 im Wege der ASFINAG, sowie 1998 bis einschließlich 2000 durch die BfG außerbudgetär finanzierte Bauvorhaben im Hochschulsektor mit ein) und durch den privaten gemeinnützigen Sektor. 1993 und 1998: Erhebungsergebnisse. 1999 - 2002: Schätzung durch STATISTIK AUSTRIA.
- 6) 1998 - 2000: STATISTIK AUSTRIA; 2001, 2002: WIFO-Prognose (April 2002).